

Thema

Editorial

Nichtstaatliche Akteure in öffentlichen Schulen

Nico van der Heiden, Hochschule Luzern

Lukas Lehmann, Hochschule Luzern

Julien Clénin, Haute École Pédagogique BEJUNE

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Bildungsgovernance grundlegend gewandelt: Öffentliche Schulen agieren heute nicht mehr allein unter staatlicher Aufsicht, sondern zunehmend im Zusammenspiel mit einer Vielzahl nichtstaatlicher Akteure (Hägi et al., 2023). Dazu zählen nicht nur klassische private Schulträger, sondern auch Elternorganisationen, NGOs (Nichtregierungsorganisationen), Unternehmen, Stiftungen oder internationale Organisationen. Diese übernehmen Aufgaben in der Finanzierung, Durchführung und Bewertung von Bildungsleistungen und beeinflussen dabei direkt oder indirekt die Ausgestaltung schulischer Praxis (Amaral & Magalhaes, 2023). Dieser Wandel wirft grundlegende Fragen auf: Wie verändern sich Steuerungsstrukturen und Verantwortlichkeiten im öffentlichen Bildungswesen? Welche Formen der Zusammenarbeit etablieren sich – und welche Folgen hat dies für Chancengerechtigkeit, Rechenschaft und den öffentlichen Charakter der Schule? (Altrichter & Maag Merki, 2016; Ball, 2007). Das vorliegende Themenheft greift diese Fragen auf und versammelt Beiträge, die unterschiedliche Facetten der Rolle nichtstaatlicher Akteure in öffentlichen Schulen beleuchten.

Den Auftakt des Themenhefts bildet ein konzeptioneller Beitrag von **Lehmann, Clénin und van der Heiden**, der das Verhältnis von Staat und nichtstaatlichen Akteuren im Bildungsbereich historisch und theoretisch konturiert. Die Autoren zeigen, dass die „Öffentlichkeit“ der Schule stets Ergebnis gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse war – von der Abgrenzung gegenüber religiösen Autoritäten bis hin zur Demokratisierung nationalstaatlicher Bildungssysteme.

Vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen – etwa öffentlich-privater Partnerschaften oder der Auslagerung von Bildungsaufgaben an private Anbieter – analysieren sie neue Governance-Formen im Bildungsbereich. Der Beitrag beleuchtet sowohl Potenziale als auch Risiken solcher Arrangements und plädiert für transparente Rahmenbedingungen, um demokratische Rechenschaft und Chancengerechtigkeit auch unter veränderten Steuerungsbedingungen zu sichern.

Der Beitrag von **Revaz und Annen** untersucht am Beispiel des Kantons Genf die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure in zwei bildungspolitischen Reformprozessen auf der Sekundarstufe I. Während der erste Reformversuch in einem polarisierten Klima weitgehend ohne systematische Einbindung von Interessengruppen stattfand, setzte der zweite Versuch auf eine partizipative Strategie. Die Analyse zeigt jedoch, dass diese Einbindung – trotz Beteiligung von Elternverbänden, Lehrergewerkschaften und Forschenden – letztlich wenig Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess hatte. Revaz kommt zum Schluss, dass politische Konflikte die pädagogische Debatte überlagerten und die partizipativen Elemente nicht zu einer echten Mitbestimmung führten.

Im Beitrag von **Sà** steht die Rolle sogenannter „dritter Expert*innen“ in der Qualitätssteuerung von Berufsbildungseinrichtungen im Kanton Waadt im Mittelpunkt. Die Autorin analysiert, wie externe Akteure – etwa private Zertifizierungsstellen – in zunehmendem Masse an der Evaluation und Weiterentwicklung schulischer Qualitätsmanagementsysteme beteiligt sind. Die Studie zeigt, dass sich dadurch neue Interdependenzen zwischen öffentlichen Bildungseinrichtungen und privatwirtschaftlichen Dienstleistern entwickeln. Diese Kooperationen eröffnen zwar neue Professionalisierungspotenziale, werfen aber auch Fragen nach Steuerung, Transparenz und der Gefahr einer schleichenden Kommerzialisierung auf.

Priemer beleuchtet in ihrem Beitrag die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen – etwa Sportvereine, Elterninitiativen oder Lesementor*innen – im Rahmen von Ganztagschulprogrammen in Deutschland. Sie argumentiert, dass diese Akteursgruppe in der bildungswissenschaftlichen Forschung bisher unzureichend konzeptualisiert wurde. Priemer entwickelt ein analytisches Raster zur Bestimmung von Funktionen und Handlungsspielräumen zivilgesellschaftlicher Organisationen in schulischen Kooperationen. Dabei wird deutlich, dass rechtliche Rahmenbedingungen, lokale Governance-Strukturen und die institutionelle Verankerung der Schule massgeblich darüber entscheiden, ob solche Kooperationen gelingen und welchen Beitrag sie zur Bildungsqualität leisten können.

Der Beitrag von **Fouquet-Chauprade, Charmillot und Felouzis** analysiert, wie im Kanton Genf soziale Herkunft und institutionelle Logiken die Wahl zwischen öffentlichen und privaten Schulen prägen. Auf Basis umfangreicher Schülerdaten zeigen die Autor*innen, dass der Genfer Schulmarkt stark segmentiert ist und dass bestimmte Bevölkerungsschichten strategisch das staatliche Schulsystem umgehen. Dabei agieren öffentliche und private Träger nicht in Konkurrenz, sondern in funktionaler Interdependenz. Die Studie liefert einen bedeutenden empirischen Befund zur Debatte über soziale Ungleichheit und institutionelle Selektivität in bildungspolitisch liberalen Kontexten.

Der Beitrag von **Viseu, Carvalho, Krejler und Normand** analysiert in einem international vergleichenden Beitrag die Effekte nichtstaatlicher Interventionen im Bildungsbereich in Dänemark, Frankreich und Portugal. Im Zentrum stehen internationale Grossstudien (wie PISA), digitale Steuerungsinstrumente und Accountability-Mechanismen, die häufig von supranationalen oder privaten Akteuren getragen werden. Die Autorin zeigt, wie diese Instrumente die öffentliche Schule zunehmend im Sinne marktförmiger Effizienzlogiken reorganisieren und dabei demokratische Entscheidungsprozesse und pädagogische Handlungsspielräume unter Druck setzen. Die Analyse verdeutlicht die Notwendigkeit, „publicness“ als normativen Referenzpunkt in der Bildungssteuerung neu zu definieren.

Der Beitrag von **Nikolai und Criblez** vergleicht Entwicklungspfade und institutionelle Rahmenbedingungen von Privatschulen in Deutschland und der Schweiz seit der Jahrtausendwende. Im Fokus stehen Unterschiede hinsichtlich staatlicher Aufsicht und finanzieller Unterstützung. Während Privatschulen in Deutschland deutlich stärker öffentlich gefördert werden, dominiert in der Schweiz ein restriktiveres Modell mit hoher kantonaler Varianz. Die Autor*innen argumentieren, dass diese Unterschiede wesentlich durch pfadabhängige politische Entscheidungen und historische Institutionenstrukturen geprägt sind. Sie plädieren für eine differenzierte Betrachtung von Privatschulen als Teil eines vielschichtigen Bildungssystems, das in je spezifischer Weise zwischen öffentlichen und privaten Interessen vermittelt.

Die Beiträge dieses Hefts zeigen in ihrer Gesamtschau, wie komplex, widersprüchlich und kontextabhängig das Verhältnis zwischen nichtstaatlichen Akteuren und der öffentlichen Schule ist. Sie beleuchten die Rollen und Interessen privater Träger*innen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und wirtschaftlicher Akteure, analysieren ihre Wechselwirkungen mit schulischer Praxis und Politik und verdeutlichen zugleich die normativen Spannungen, die aus dieser Konstellation erwachsen (Langer & Brüsemeister, 2019; Schrader et al., 2015).

Die Herausforderung für Forschung, Politik und Praxis liegt darin, diese Gemengelage differenziert zu verstehen und verantwortungsvoll zu gestalten. Was bislang jedoch fehlt – und worauf mehrere Beiträge dieses Hefts implizit verweisen – ist eine systematische Heuristik für den Umgang mit nichtstaatlichen Akteuren im öffentlichen Bildungswesen (Schmid et al., 2017). Bislang fehlt ein konsistentes analytisches Instrumentarium, das aus bildungswissenschaftlicher oder schulpolitischer Perspektive dabei hilft, Formen, Funktionen und Auswirkungen nichtstaatlicher Akteurskonstellationen systematisch zu erfassen, zu bewerten und regulativ einzuordnen (Imlig et al., 2018). Auch für Schulen und deren Entscheidungsträger*innen fehlen Kriterien, um Kooperationen auf ihr Gemeinwohlpotenzial und ihre Governance-Kompatibilität hin zu reflektieren. Die Weiterentwicklung entsprechender konzeptioneller Rahmenwerke stellt daher eine Aufgabe zukünftiger Forschung dar – mit dem Ziel, den Wandel der Bildungsgovernance gesichert empirisch zu beobachten und damit auch argumentativ mitzugestalten. Konkrete Policy-Implikationen könnten sich unter anderem auf die Entwicklung standardisierter Entscheidungs- und Bewertungsraster für Schulträger*innen beziehen sowie auf den Ausbau transparenter Kooperationsrichtlinien auf kantonaler und kommunaler Ebene sowie die Etablierung verbindlicher Mindeststandards für Evaluation, Rechenschaft und demokratische Legitimation in Public-Private Partnerships.

Neue Forschungsperspektiven wiederum ergeben sich etwa aus vergleichenden Analysen institutioneller Arrangements in unterschiedlichen Bildungssystemen, Studien zur Wirkung externer Akteursinterventionen auf Schulqualität und Bildungsungleichheit oder aus explorativen Arbeiten zur Governance nicht-staatlicher Akteure in der Schulentwicklung. Ebenso wichtig sind praxeologische Studien, die schulische Entscheidungspraxen in Kooperationskontexten rekonstruieren und damit einen Beitrag zur professionsbezogenen Steuerungsforschung leisten.

Bibliographie

- Altrichter, H., & Maag Merki, K. (Hrsg.). (2016). *Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem*. Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-18942-0>
- Amaral, A., & Magalhaes, A. (2023). *Handbook on Higher Education Management and Governance*. Edward Elgar Publishing.
- Ball, S. J. (2007). *Education plc: Understanding Private Sector Participation in Public Sector Education*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203964200>
- Hägi, L., Kessler, S., Lehner-Loosli, T., Quiring, N., & Criblez, L. (2023). *Erziehung und Bildung in Wissenschaft und Politik: Beiträge zu Verflechtungen, Wissensordnungen, Bildungsplanung und Bildungspolitik*. Bibliothek am Guisanplatz.
- Imlig, F., Lehmann, L., & Manz, K. (Hrsg.). (2018). *Schule und Reform: Veränderungsabsichten, Wandel und Folgeprobleme* (Bd. 39). Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-19498-7>
- Langer, R., & Brüsemeister, T. (2019). *Handbuch Educational Governance Theorien*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-22237-6>
- Schmid, J., Amos, S. K., Schrader, J., & Thiel, A. (Hrsg.). (2017). *Governance und Interdependenz von Bildung. Internationale Studien und Vergleiche*. Nomos.
- Schrader, J., Schmid, J., Amos, S. K., & Thiel, A. (Hrsg.). (2015). *Governance von Bildung im Wandel. Interdisziplinäre Zugänge*. Springer VS.